

A stylized map of Cyprus composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific locations or points of interest.

Zypern vor den Präsidentenwahlen 2013

CHRISTOPHEROS CHRISTOPHOROU

Februar 2013

- Die rechtskonservative Partei Demokratische Sammlung (DISY) wird im Februar nach zehn Jahren in der Opposition mit aller Wahrscheinlichkeit wieder an die Macht kommen. Dank der Allianz mit der Demokratischen Partei (DIKO) und angesichts der geschwächten kommunistischen Regierungspartei AKEL (Aufbaupartei des Werktätigen Volkes) könnte der DISY-Parteivorsitzende Nicos Anastasiades schon im ersten Wahlgang zum neuen Präsidenten gewählt werden.
- Die wirtschaftliche Lage verdrängte die Zypernfrage als das zentrale Thema während des Wahlkampfes. Die Opposition beschuldigte die Regierung, die wirtschaftliche Lage durch ihr Versagen hervorgerufen zu haben. Im Gegenzug machten Regierungsvertreter, insbesondere Politiker der AKEL, die vorherrschende neoliberale Wirtschaftspolitik und das Bankensystem für die Krise verantwortlich.
- Unabhängig vom Ausgang der Wahlen wird eine neue Phase in den Beziehungen Zyperns mit der Europäischen Union und der internationalen Gemeinschaft beginnen. Die rapide abnehmende Polarisierung zwischen den linken und rechten Kräften, die auf Kosten der Linken stattfindet, könnte neue politische Kräfte hervorbringen. Es wird vom Gewinner der nächsten Wahlen abhängen, ob Nicosia und Brüssel eine Blüte oder eine Phase neuer Spannungen in ihren Beziehungen erleben.
- Der neue Präsident wird unter Aufsicht des Internationalen Währungsfonds (IWF) und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) regieren müssen. Andererseits bieten die südlich der Insel entdeckten Gasvorkommen positive Aussichten für die Zukunft.



Inhalt

1. Einleitung	1
2. Politische Kräfte und die Präsidentschaftskandidaten	1
3. Der Wahlkampf – Themen und Ziele	3
4. Die Szenarien	5
5. Die Folgen	6
6. Mögliche Auswirkungen auf eine Lösung des Zypernproblems	7



1. Einleitung

Die Präsidentschaftswahlen sind die wichtigsten Wahlen in Zypern, da innerhalb des Präsidentsystems nur deren Ausgang zu einem Machtwechsel führen kann. Da der Amtsinhaber Demetris Christofias nicht mehr zur Wahl antritt, wird Ende Februar auf jeden Fall eine neue Regierung gebildet werden. Der neue Präsident steht vor schwierigen Herausforderungen insbesondere im Umgang mit der finanziellen Krise des Landes, da Zypern um Hilfe aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und vom Internationalen Währungsfonds ersucht hat. Die Erneuerung der Beziehungen mit Brüssel, eine Wiederbelebung der festgefahrenen Verhandlungen in der Zypernfrage mit den türkischen Zyprioten und andere innenpolitische Fragen werden ebenfalls weit oben auf der Themenliste der Regierung stehen.

Die Verfassung der Republik Zypern von 1960 basiert auf dem Konzept eines bikommunalen Staats, in dem sowohl griechische als auch türkische Zyprioten auf allen Ebenen an der Macht beteiligt sein sollten. Als Folge des Zusammenbruchs der bikommunalen Struktur im Jahr 1963 stellen seither die griechischen Zyprioten allein die Regierung der Republik Zypern. Die vollständige Trennung der beiden Bevölkerungsgruppen wurde durch die gewaltsame Teilung der Insel durch die türkische Armee als Reaktion auf einen Staatsstreich der griechischen Militärjunta im Sommer 1974 vollzogen. Das Ende der ethnisch bestimmten politischen Ordnung 1963 verschob die Machtbalance zugunsten des griechisch-zypriotischen Präsidenten. Demzufolge ist der Präsident in bestimmten Fragen mit exklusiven exekutiven Befugnissen ausgestattet, während der Ministerrat Entscheidungsgremium für die Mehrzahl der Staatsgeschäfte ist. Der Präsident allein ernennt oder entlässt Minister. Es sind seit 1963 keine großen Konflikte oder Unstimmigkeiten zwischen Präsident und Ministerrat bekannt geworden, sodass man von einer nahezu absoluten Machtfülle des Präsidenten sprechen kann. Der Präsident ist auf fünf Jahre gewählt, unabhängig von der parteilichen Zusammensetzung des Parlaments. Die Regierung braucht kein Vertrauensvotum. Es erleichtert jedoch die Verabschiedung der vom Ministerrat vorgebrachten Gesetzesentwürfe, wenn die Regierung eine Mehrheit im Parlament hinter sich versammeln kann.

Das gesellschaftliche Klima ist im Gegensatz zu der Aufbruchstimmung nach der Wahl von Demetris Christofias (AKEL) im Februar 2008 von Enttäuschung und Zu-

kunftsangst bestimmt. Christofias hatte die Wahl mit einem Vorsprung von sechs Prozent (53,4 Prozent) gewonnen, was von Brüssel als ein Versprechen auf eine bessere Zusammenarbeit als die mit seinem Vorgänger Tassos Papadopoulos gewertet wurde. Zudem waren mit seiner Wahl auch Hoffnungen auf ein Vorankommen in der Zypernfrage verbunden. Mit der Zeit jedoch änderte sich das Klima und die ursprünglich hohe Zustimmungsrates für Christofias von 70 Prozent innerhalb der griechisch-zypriotischen Wählerschaft sank bis Ende 2012 auf 20 Prozent. Diese Entwicklung liegt u.a. darin begründet, dass der Präsident und seine Regierung einer extrem starken und teilweise arrogant agierenden Opposition inner- und außerhalb des Parlaments gegenüberstanden. Oftmals und vor allem in der Zypernfrage gehörten dazu sogar jene beiden Parteien (DIKO und die Sozialdemokratische Partei EDEK), die eigentlich Teil der Regierungskoalition waren und deren Mitglieder lange im Ministerrat saßen. Andererseits zeigte sich die Regierung wenig offen für Kritik; die Strategie, die Schuld für Fehlschläge nicht einzugestehen, erlaubte nur wenige Kompromisse.

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage sowie die prekäre finanzielle Situation der Banken und des Staates entwickelten sich zu den wichtigsten Themen innerhalb der Bevölkerung. Die Regierung sah sich schließlich gezwungen, Hilfe im Rahmen des ESM zu beantragen. Alle politischen Parteien außer der AKEL sehen die Ursachen dafür in Fehlern und Tatenlosigkeit der Regierung. Politiker der AKEL und Regierungsvertreter verweisen hingegen auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise und die neoliberale Politik als die wahren Gründe. Verantwortlich seien auch jene Parteien, die diese Politik unterstützen und die Banken, welche mit ihren Geschäften in Griechenland enorme Schulden angehäuft haben.

2. Politische Kräfte und die Präsidentschaftskandidaten

Das zypriotische Vielparteiensystem ist traditionell von einer starken Polarisierung zwischen links und rechts geprägt, die sich schon in den 1940er Jahren des letzten Jahrhunderts herausgebildet hat. Die Parteien spielen mithilfe eines die gesamte Gesellschaft durchziehenden Netzes von klientelistischen Beziehungen eine entscheidende Rolle in allen Lebensbereichen. Das Vertrauen der Bürger in diese Beziehungen hat in den letzten fünf bis sieben Jahren kontinuierlich abgenommen, was die Fähigkeit der



Parteien, die Menschen zu mobilisieren, negativ beeinflusste. Dies führte zu einer starken Zunahme nicht abgegebener Stimmen von traditionell zehn bis zwölf Prozent auf 21 beziehungsweise 32 Prozent in den Parlaments- und Kommunalwahlen im Jahr 2011. Alle politischen Parteien sind von dieser Vertrauenskrise betroffen, die DISY allerdings in etwas geringerem Maße als die anderen.

Die **AKEL** (Ανορθωτικό Κόμμα Εργαζομένου Λαού – Aufbaupartei des Werktätigen Volkes) ist die älteste politische Partei Zyperns. Der Einfluss der kommunistischen Partei schwindet stetig, seitdem sie 2001 zum ersten Mal direkt an der Regierung beteiligt war und 2008 den Präsidenten stellte. Auch ihre aktive Unterstützung der Gewerkschaften in Arbeitskämpfen, eine starke organisatorische Struktur, eigene Unternehmen und das Festhalten an einer starken Links-rechts-Polarisierung konnten an diesem Trend nichts ändern. Als weiterer Faktor kann das »weiche Nein« der Partei zu dem von der UNO unterstützten Annan-Plan zur Lösung der Zypernfrage im April 2004 gelten. Die AKEL hatte sich jahrelang um eine Annäherung mit den türkischen Zyprioten bemüht und war für eine Föderation eingetreten. Aber auch verschiedene Skandale und politische Fehler sowie die Wirtschafts- und Finanzkrise wirkten sich negativ auf die Attraktivität der Partei für die Wähler aus.

1959 stellte sich die AKEL in den ersten Präsidentschaftswahlen Zyperns gegen die Kandidatur von Erzbischof Makarios, indem sie sich an einer Koalition mit Yiannis Clerides, einem traditionell eingestellten Konservativen (und Vater von Glafkos Clerides), beteiligte. In der Folge unterstützte die Partei jedoch vier der fünf Präsidenten vor Christofias: Makarios, Spyros Kyprianou, George Vassiliou und Tassos Papadopoulos.

Der Präsidentschaftskandidat der AKEL für die Wahl im Februar ist der 45-jährige Genforscher Stavros Malas. Sein politischer Werdegang beinhaltet Stationen bei der sozialdemokratischen EDEK und den Vereinigten Demokraten (Ενωμένοι Δημοκράτες – EDI). Während er noch das Amt des Gesundheitsministers innehatte, schlug ihn Christofias als Kandidaten für seine Nachfolge vor. Zuvor hatte sich Malas bereits erfolglos für die AKEL um einen Sitz im Parlament bemüht. 2004 unterstützte er aktiv den Annan-Plan der UNO.

Die **DISY** (Δημοκρατικός Συναγερμός – Demokratische Sammlung) wurde 1976 von Glafkos Clerides aus pro-westlichen, konservativen, rechten und nationalis-

tischen Elementen gegründet und hat sich zu der EU-freundlichsten politischen Kraft Zyperns entwickelt. 1993 wählte die Partei ihren Gründer mit der Unterstützung der DIKO ins Präsidentenamt, 1998 wurde Clerides wiedergewählt. Auf Betreiben von Nicos Anastasiades, der seit 1997 Parteivorsitzender ist und im Februar als Präsidentschaftskandidat antreten wird, unterstützte die Partei gegen den Willen der Mehrheit der Parteimitglieder den Annan-Plan. Anastasiades konnte das Auseinanderfallen der Partei verhindern, in den Parlamentswahlen im Mai 2011 wurde die DISY sogar mit 34,3 Prozent erneut stärkste politische Kraft. Dank seiner unverblünten Art gelang es ihm, an Popularität gegenüber den Vorsitzenden der anderen Parteien zu gewinnen. Zudem konnte er enge persönliche Verbindungen zu den Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei aufbauen. Um Ängsten und Einwänden im Bezug auf seine Unterstützung für den Annan-Plan entgegenzuwirken und seinen Koalitionspartner zufriedenzustellen, musste Anastasiades im Wahlkampf seine Positionen in der Zypernfrage verhärten, indem er sich nur vage auf eine mögliche Föderation bezog und bereits angekündigt hat, die Konzessionen seines Vorgängers rückgängig zu machen.

Um die Chancen für Nicos Anastasiades zu erhöhen, hat die DISY ein Wahlbündnis mit der DIKO geschlossen, welches auch den programmatischen Rahmen für die Zypernfrage sowie die Wirtschafts- und Energiepolitik beinhaltet. In der Zypernfrage haben sich beide Parteien auf die Rahmenbedingungen einer Lösung geeinigt (siehe unten). Der aus DIKO-Sicht zu konziliante Anastasiades soll die Verhandlungen mit der türkisch-zypriotischen Seite nicht direkt führen, sondern in Abstimmung mit der DIKO einen Chefunterhändler benennen. Auch im Hinblick auf die Rolle des Nationalrats, in dem alle im Parlament vertreten Parteien über das Zypernproblem beraten, und die interne politische Entscheidungsfindung zwischen beiden Parteien gab es ein Übereinkommen. In der Wirtschaftspolitik wird primär eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung angestrebt, die durch privatwirtschaftliche aber auch staatliche Initiativen erreicht werden soll. Schwerpunkte in der Entwicklung sollen u. a. auf Strukturänderungen, Investitionen in Humanressourcen, technologischen Verbesserungen sowie der Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovationen liegen. Die Energiepolitik konzentriert sich auf die Gasvorkommen und erneuerbaren Energien. Eines der Hauptziele ist es, Zypern zu einer regionalen Drehscheibe für die Energieversorgung Europas zu machen.



Die 1976 gegründete **DIKO** (Δημοκρατικό Κόμμα – Demokratische Partei) war seit dem Tod von Makarios 1977 mit den Präsidenten Spyros Kyprianou (von 1977 bis 1988) und Tassos Papadopoulos (von 2003 bis 2008) und als Koalitionspartner der DISY (von 1993 bis 1998) und der AKEL (von 2008 bis 2011) an den meisten Regierungen beteiligt. Die Entscheidung der Partei, sich für den Wahlkampf 2013 mit der DISY zu verbünden, verursachte sowohl auf der Ebene der Parteiführung wie auch bei den Parteimitgliedern heftige Debatten bis hin zu Parteiaustritten. Der stellvertretende Parteivorsitzende Nicolas Papadopoulos, Sohn des ehemaligen Präsidenten Tassos Papadopoulos, trat als Zeichen seiner Ablehnung im Januar 2013 von seinem Posten zurück, während andere Funktionäre die Partei schon zu einem früheren Zeitpunkt verlassen hatten. Das Hauptargument der »Abtrünnigen« bezieht sich auf frühere Positionen von Anastasiades zur Zypernfrage, die nicht mit jenen der DIKO übereinstimmen. Die DIKO verlangt eine föderale Lösung mit dem »korrekten Inhalt«, d. h. möglichst nah an einem griechisch-zypriotisch dominierten Einheitsstaat. Da die DIKO den Annan-Plan abgelehnt hat, betrachten viele in der Parteiführung ein »Ja« als einen Akt des Verrats. Auf der Ebene der Parteimitglieder zeigte eine im Jahr 2012 durchgeführte Meinungsfrage, dass ungeachtet des Wahlbündnisses mit der DISY George Lillikas, der Kandidat der sozialdemokratischen Partei, eine höhere Zustimmungsrates als Anastasiades für sich verbuchen kann. Dieser Trend scheint sich jedoch Ende Januar 2013 umgekehrt zu haben.

Die sozialdemokratische Partei **EDEK** (Κίνημα Σοσιαλδημοκρατών – Sozialdemokratische Partei), die 1969 von Dr. Vassos Lyssarides gegründet wurde, entwickelte sich zunächst unter dem Einfluss afrikanisch-arabischer Ideale sowie rechten, nationalistischen Ideen, bevor sie sich in den 1980ern dem europäisch geprägten Sozialismus zuwandte. Da es den anderen Parteien nicht gelang, den Kandidaten der DISY und der AKEL eine gemeinsame Alternative entgegenzustellen, wird im Februar der 57-jährige George Lillikas für die EDEK antreten. Lillikas war Jugendminister in der Regierung von George Vassiliou (1988 bis 1993), AKEL-Abgeordneter (1996 bis 2003) und diente als Minister in der Regierung von Tassos Papadopoulos. Er tritt das Erbe von Papadopoulos in der Zypernfrage an und wirbt für sich mit der Ablehnung des Annan-Plans. Zudem spricht er sich klar gegen eine mögliche bizonale Föderation aus. Zu den Unterstützern von Lillikas gehören Abweichler in der

AKEL, die Papadopoulos in der Wahl von 2008 gegen den Generalsekretär ihrer eigenen Partei unterstützten, ehemalige und gegenwärtige Mitglieder der DIKO und andere Gruppen, die eine föderale Lösung ablehnen.

Die beiden kleineren Parteien **EVROKO** (Ευρωπαϊκό Κόμμα – Europäische Partei) und die **Grünen** (Οικολόγοι Περιβαλλοντιστές – Ökologische Umweltaktivisten), die beide den Annan-Plan abgelehnt hatten, sind in ihrer Unterstützung für Anastasiades oder Lillikas gespalten.

Da die Anforderungen für die Aufstellung eines Präsidentschaftskandidaten minimal sind (Mindestalter 35 Jahre, eine Registrierungsgebühr von 1.710 Euro und die Unterstützung von neun Wählern (einschließlich desjenigen, der den Kandidaten vorschlägt), haben insgesamt elf Personen ihre Kandidatur angemeldet und sind vom Wahlleiter zugelassen worden. Zum ersten Mal in der Geschichte Zyperns werden sich zwei Frauen zur Wahl stellen. Praxoula Antoniadou ist die Vorsitzende der EDI und diente als Ministerin im Kabinett von Demetris Christofias. Makaria Stylianou vertritt eine Protestbewegung, die sich nach der Explosion eines Waffenarsenals auf dem Marinestützpunkt Mari im Juli 2011 gebildet hatte.

3. Der Wahlkampf – Themen und Ziele

Ein Hauptmerkmal im Wahlkampf ist der Versuch der verschiedenen Kandidaten, eine möglichst breite Palette von Themen anzusprechen. Die wirtschaftliche Situation des Landes steht bei allen Parteien im Mittelpunkt, wobei die Schwerpunkte variieren: Beschäftigung und Lebenshaltungskosten, Wachstum, aber auch die Probleme kleinerer und mittlerer Unternehmen. Darüber hinaus haben Themenbereiche wie Gesundheitswesen, Bildung, Kultur, Immigration und Umwelt Eingang in die Wahlprogramme gefunden. Ausführlich diskutiert werden zudem die Positionen in der Zypernfrage und die Parameter einer möglichen Lösung. Es ist festzustellen, dass die Kandidaten unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit mit auffallend stereotypen Aussagen operieren, die zumindest z. T. eine klare Perspektive sowie Planung, Strategien und konkrete Angaben über einzusetzende Mittel vermissen lassen. Umso heftiger fallen die Angriffe auf die anderen Kandidaten aus.

Trotz der aufgeführten Übereinstimmungen variieren Umfang und Anzahl der Themen, die in den Programmen der einzelnen Kandidaten aufgeführt sind, beträchtlich.



Das Wahlprogramm von Nicos Anastasiades beinhaltet detaillierte Vorschläge zu den Hauptthemen auf der öffentlichen Agenda. Seine wichtigsten Positionen nehmen auf den schon in den Parlamentswahlen 2011 verwendeten Slogan Bezug, eine einigende Kraft zu sein. Seine Führungsstärke und seine besonderen Beziehungen zu Europa werden als besondere Vorteile hervorgehoben, da sie ihm erlaubten, auf die Finanzkrise adäquat zu reagieren. Mit dem Slogan »Zypern ist nicht alleine« impliziert der Kandidat, dass er auf die Unterstützung durch die europäischen Partner baut. Tatsächlich hielt die Europäische Volkspartei am 11. Januar 2013 ein Gipfeltreffen in Limassol ab, an dem der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso, Bundeskanzlerin Angela Merkel und andere konservative Staatschefs teilnahmen und ihre Unterstützung für Nicos Anastasiades demonstrierten. Die Gegenkandidaten und deren Parteien machten daraufhin geltend, dass es eben diese Staatschefs seien, die für das Sparprogramm verantwortlich seien. Statt sie davon zu überzeugen, Zypern zu helfen, hätte sich Anastasiades von ihnen überreden lassen, die harschen Konditionen zu akzeptieren.

Anastasiades befürwortet eine Zusammenarbeit aller Kräfte im Rahmen einer Regierung der nationalen Rettung, um die wirtschaftliche Krise, die Zypernfrage und andere Probleme auf der Basis einer gemeinsamen Strategie anzugehen. Den Programmpunkten zufolge, die mit der DIKO vereinbart wurden, wird die Zypernfrage als Ergebnis ausländischer Aggression und Besetzung betrachtet. Der Rahmen für eine Lösung soll auf der Basis verschiedener Grundsätze und Parameter ausgearbeitet werden. Diese beinhalten die Entscheidungen und Resolutionen der Vereinten Nationen und die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sowie des Europäischen Gerichtshofs. Ebenfalls enthalten sein sollen die Vereinbarungen zwischen Makarios und dem Vertreter der türkischen Zyprioten Denktash (1977), zwischen Kyprianou und Denktash (1979), zwischen Papadopoulos und seinem Gegenüber Talat am 8. Juli 2006 sowie die vom Nationalen Rat verabschiedeten Rahmenbedingungen vom September 2009. Hinzugekommen sind auch einige neue Elemente wie die Verpflichtungen, die durch Zyperns EU-Beitritt und die Übernahme von EU-Recht entstanden sind, oder auch die erweiterte geostrategische Bedeutung Zyperns durch die Entdeckung von Erdgasvorkommen und die Ablehnung des Annan-Plans durch den »zypriotischen Hellenismus«. Neben diesen Programmpunkten prä-

sentiert Anastasiades Vorschläge u. a. im Hinblick auf Jugend, Bildung, Einwanderung, Gesundheit, die Sicherheit der Bürger sowie die Modernisierung des Staatwesens. Zudem schlägt er einen Vertrag mit der jungen Generation vor, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und das Unternehmertum zu stärken.

Die Kritik des Kandidaten und seiner Partei richtet sich vor allem gegen die Regierung und den Präsidenten, die für den desolaten Zustand der Wirtschaft und die damit verbundenen Probleme des Landes verantwortlich gemacht werden. Während Anastasiades Christofias in den ersten beiden Jahren seiner Präsidentschaft in der Zypernfrage unterstützt hatte, kritisiert das Wahlbündnis nun Zugeständnisse an die türkischen Siedler, die rotierende Präsidentschaft und andere Punkte. Die Vorschläge der beiden anderen Kandidaten werden ebenfalls kritisiert, auch dabei steht neben unterschiedlichen Positionen zum Umgang mit den Gasfunden das Zypernproblem im Mittelpunkt.

Die Vorschläge von Stavros Malas beziehen sich auf eine beschränkte Anzahl von Bereichen, die vor allem in der Zypernfrage erstaunlich allgemein gehalten sind. Mit Bezug auf sein Alter und seinen politischen Werdegang unterstreicht er das Konzept des Neuen: eine neue Person, neue Vorschläge und eine neue Ära. Als Antwort auf Anastasiades Betonung seiner Führungsqualitäten in Zeiten der Krise stellt sich auch Malas als führungsstark und vertrauenswürdig dar. Seine Vision eines freien und vereinigten Zyperns im Rahmen einer Lösung der Zypernfrage schaffe Sicherheit und Stabilität, die in Fortschritt und Wohlstand resultieren werde. Gesellschaft, Wirtschaft und die Rolle des Staates werden unter den Gesichtspunkten von Forschung und Entwicklung, sozialer Fürsorge und Sicherung von Arbeitnehmerrechten, Energieunabhängigkeit sowie Wachstum mit sozialer Verantwortung gesehen. In der Wirtschaftspolitik liegt der Fokus auf der Unterstützung von einheimischen Unternehmen durch den Staat, während gleichzeitig die Attraktivität für ausländische Investoren erhöht werden soll. Ziel seiner Politik sei es, Zypern in eine sichere, starke und friedliche Insel zu verwandeln, geführt von einer Regierung, die den Menschen dienen, nicht sie bevormunden solle.

Malas zufolge liegt die Verantwortung für den schlechten Zustand der Wirtschaft bei den Banken und der internationalen Finanzkrise. In ihren Ausführungen deuten sowohl der Kandidat wie auch die ihn unterstützende AKEL eine Art Verschwörung oder einen Angriff von au-



Ben gegen Zypern an, was sich auch auf die Ausbeutung der Gasfelder innerhalb der Exklusiven Wirtschaftszone der Republik Zypern bezieht. Ohne ein Hilfsprogramm generell abzulehnen, ruft Malas dazu auf, die Gesellschaft, Arbeitnehmerrechte und das Wirtschaftswachstum zu verteidigen, die durch die Forderungen der Troika bedroht seien. Statt über die Vergangenheit und somit über eine mögliche Verantwortung der Regierung für den derzeitigen Zustand der Wirtschaft zu reden, sollten Lösungsvorschläge für die Zukunft erarbeitet werden.

Malas und die AKEL kritisieren Anastasiades dafür, seine politischen Positionen immer wieder zu ändern und anzupassen. Sie haben einerseits seine Beziehungen zu den alten Nationalisten auf Zypern sowie andererseits zu neoliberalen Politikern in Europa im Visier. Letztere seien auch mitverantwortlich für die globale Finanzkrise und deren Auswirkungen auf Zypern. Malas kritisiert auch Anastasiades »Positionen und sein Verhalten« während und nach dem Referendum für den Annan-Plan im Jahr 2004. Anastasiades wird beschuldigt, eine Beschwerde an den Europäischen Rat eingereicht zu haben, in der Papadopoulos und die Regierung beschuldigt wurden, die freie Meinungsäußerung einzuschränken.

Die Versuche Malas, sich als unabhängigen Kandidaten zu präsentieren, schlugen fehl, da er seine Kandidatur erst ankündigte, nachdem er von Christofias vorgeschlagen und von der AKEL bestätigt wurde. Er hat kein eigenes Wahlkampfteam und seine Positionen unterscheiden sich nicht von jenen der bisherigen Regierung und der AKEL.

George Lillikas versucht, sich von seinen Gegnern abzusetzen, er wird von der sozialdemokratischen EDEK unterstützt und präsentiert sich als »Kandidat der Bürger«, der für sich in Anspruch nimmt, über die zehn wichtigsten Fähigkeiten zu verfügen, die ein Präsident braucht. So z.B. »ausgezeichnete Kenntnis in der Zypernfrage und der Beweis, dass der Kandidat alles beanspruchen kann, was uns gehört«, die Standhaftigkeit »dem Druck und den Plänen ausländischer Kreise von 2004 wirkungsvoll widerstehen zu können«, die Fähigkeit »den Wert von Zyperns strategischer Position, die Möglichkeiten Zyperns innerhalb Europas sowie internationale Absichten zu erkennen« und den Willen, mithilfe der Gasfunde Zyperns Rolle international aufzuwerten. Er habe »die Erfahrung, die Fähigkeiten, das wissenschaftliche und technokratische Knowhow, die ein Präsident braucht, um erfolgreich regieren zu können«.

Lillikas präsentiert Positionen zu einer breiten Themenpalette, die jedoch in der Mehrheit konstruktive Vorschläge vermissen lassen und sich in bloßer Ablehnung erschöpfen. So wendet er sich gegen die Etablierung eines griechisch- und eines türkisch-zypriotischen Bundesstaates innerhalb einer Föderation, gegen das bestehende Bankenwesen und lehnt die britischen Militärbasen auf Zypern ebenso ab wie das Hilfspaket der Troika, die Sparmaßnahmen und die Vorschläge der Troika. Auch das englische Wappen über dem Eingang des Präsidentenpalastes, das in den 1930er Jahren während der britischen Kolonialzeit gebaut wurde, will er im Falle seiner Wahl entfernen. Was die Zypernfrage betrifft, so glaubt Lillikas, dass die vereinbarte Lösung, die von einer bikommunalen Föderation ausgeht, der aktuellen Situation nicht mehr gerecht werde und erneut verhandelt werden müsse. Zur Lösung der Wirtschaftskrise schlägt Lillikas vor, Rechte an den vor der zypriotischen Küste vermuteten Öl- und Gasvorräten zu verkaufen, um die leeren Staatskassen zu füllen und die »Troika fortzujagen«. Im Falle seiner Wahl verspricht er, die Vereinbarungen mit der Troika aufzukündigen.

Lillikas hat sich wiederholt auf das Erbe von Tassos Papadopoulos berufen und sich als seinen Nachfolger inszeniert, was sich vor allem auf den gemeinsamen ablehnenden Standpunkt gegenüber dem Annan-Plan bezieht, der ein Akt von nationalem Stolz und Würde gewesen sei. Widerstand gegenüber den Plänen »ausländischer Kräfte« müsse auf denselben Werten gründen. Er beschuldigt seine Gegner, sich durch ihre Zustimmung zum Annan-Plan gegen die Werte des zypriotischen Hellenismus gestellt zu haben. Anastasiades wird besonders stark attackiert, da er Lillikas zufolge nicht nur einen Plan befürwortet habe, der »die Republik Zypern zerstört hätte«, sondern auch Papadopoulos beleidigt habe, Anschuldigungen gegen sein Land vor dem Europäischen Rat vorgebracht habe und bereit sei, eine Lösung, die die Zyprioten damals abgelehnt hatten, wiederzubeleben.

4. Die Szenarien

Die Meinungsumfragen zeigen durchweg, dass Nicos Anastasiades als klarer Favorit in die Wahl geht. Den Umfragen zufolge würden im ersten Wahlgang zwischen 37 und 43 Prozent der Wähler für Nicos Anastasiades stimmen, 19 bis 24 Prozent für Stavros Mallas und 18 bis 21 Prozent für George Lillikas.



In der zweiten Wahlrunde könnte ein Sieg gegen Malas einfacher werden. Zwischen 44 und 50 Prozent der Wähler würden für Anastasiades stimmen, Malas könnte nur mit 25 bis 30 Prozent der Stimmen rechnen. Auch aus einem Duell zwischen Anastasiades und Lillikas würde Ersterer aller Voraussicht nach als Sieger hervorgehen. Den Prognosen zufolge käme Anastasiades in diesem Szenario auf 41 bis 43 Prozent, während Lillikas immerhin 30 bis 33 Prozent der Stimmen für sich verbuchen könnte.

Malas werden gegenüber Lillikas bessere Chancen zugeschrieben, die zweite Runde zu erreichen, da der Parteiapparat der AKEL trotz seiner Schwächung in den vergangenen Jahren noch immer stärker ist als der aller anderen Parteien. Es sieht so aus, als habe Malas in den letzten Wochen seinen Abstand etwas verringern können. Außerdem zeigen die Umfragen für Lillikas ein instabiles Wählerverhalten, da auch einige DIKO-Wähler abwandern.

Voraussagen zum zweiten Wahlgang erfordern besondere Vorsicht, da die Dynamik schwer einzuschätzen ist, bevor die Ergebnisse der ersten Runde bekannt sind. Es kann dennoch postuliert werden, dass Anastasiades bei weitem die besten Chancen hat, Präsident zu werden.

Nicht vergessen werden darf, dass die Wahl auch bereits im ersten Wahlgang entschieden werden könnte, insbesondere dann, wenn es zu vielen Stimmenthaltungen kommen sollte und es Anastasiades gelingt, massenhaft Stimmen von der DIKO auf Kosten von Lillikas zurückzuholen.

5. Die Folgen

Die wichtigsten Herausforderungen für den neugewählten Präsidenten sind die Unterzeichnung des Rettungspakets und die Handhabung der Wirtschaftskrise. Die Aufgabe ist gewaltig und kann nur mit großer Anstrengung, guter Planung und der Zusammenarbeit aller politischen Kräfte bewältigt werden. Die Richtung ist durch die große Anzahl von Gesetzen, die mithilfe aller Parteien noch vor Weihnachten verabschiedet wurden, bereits vorgegeben. Es ist zu erwarten, dass die politischen Parteien trotz ihrer Differenzen weiterhin zusammenarbeiten und unnötige Auseinandersetzungen vermeiden werden, die die Wirtschaft und letztendlich die Zukunft Zyperns gefährden könnten. Auf der Ebene der EU und damit der

Geldgeber scheint die Lage weniger klar zu sein. Zypern wird beschuldigt, Geldwäsche und dubiose Konten (vor allem von wohlhabenden Russen) auf seinen Banken zu dulden, wobei die Intention hinter diesen Beschuldigungen nicht klar zu sein scheint. Dieses Thema trägt auch dazu bei, Misstrauen auf Zypern zu erzeugen, Verschwörungstheorien Nahrung zu geben und somit letztendlich auch den Erfolg der Rettungsmaßnahmen zu gefährden.

Es wird deshalb von entscheidender Bedeutung sein, wie Brüssel und die anderen europäischen Hauptstädte der neuen Regierung gegenüberreten. Wie werden die internen Differenzen der EU und der Vorwurf, Zypern sei ein Steuer- und Geldwäsche-paradies, die Verhandlungen beeinflussen? Gelingt es den EU-Mitgliedern, Vorteile aus der Tatsache zu ziehen, dass Zypern sowohl ein Wachturm als auch ein Brückenkopf zwischen Europa und dem Nahen und Mittleren Osten sein kann?

Falls Anastasiades gewählt wird, stehen die Chancen auf ein gutes Klima und gegenseitiges Verständnis zwischen Nicosia und Brüssel sowie den anderen europäischen Hauptstädten gut. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Erstens bilden die langjährigen Beziehungen zwischen der DISY und Europa im Rahmen der europäischen Institutionen und der Europäischen Volkspartei sowie die persönlichen Beziehungen zwischen deren Parteivorsitzenden und anderen Parteifunktionären eine gute Basis für Gespräche. An den klaren pro-europäischen Positionen der neuen Regierung gibt es keine Zweifel. Die derzeitige Regierung verfügt nicht über solch einen direkten »Draht«, was bis jetzt eine Einigung verzögert oder sogar verhindert hat. Obwohl pro-europäische Positionen nicht automatisch zu einer Lösung aller Probleme führen, kann gegenseitiges Vertrauen doch helfen, Antworten auf schwierige Fragen zu finden und zu einer engeren Zusammenarbeit mit offenen Karten zwischen Zypern und Europa beitragen.

Die erste eindeutig pro-europäische Regierung, seit Zypern 2004 der EU beitrug, könnte darüber hinaus auch in vielen anderen Bereichen eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Zypern und Brüssel ermöglichen. Die Praxis der leeren Stühle, nach der Zypern bei Themen, die als nicht relevant erachtet wurden, keinen Vertreter zu Sitzungen entsandte, wäre zu Ende. Die verstärkte Präsenz Zyperns in europäischen Institutionen und eine mögliche Bewerbung um die Mitgliedschaft in der Partnerschaft für Frieden und später womöglich in



der NATO haben das Potenzial für eine positive Zusammenarbeit zwischen Nicosia und Brüssel – mit zehnjähriger Verspätung.

Was die Rettungsmaßnahmen und den Umgang mit der wirtschaftlichen Krise betrifft, so scheint es – von einem politischen Standpunkt aus gesehen – von großer Bedeutung, dass Zypern das Potenzial hat, die Krise erfolgreicher zu bewältigen als andere Staaten wie beispielsweise Griechenland. Für diese These sprechen gut organisierte staatliche Institutionen, fähige Unternehmer und eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen politischen Kräften. Andererseits würden zu rigide Maßnahmen innerhalb der Bevölkerung zu einem Aufruhr führen, der die Märkte beunruhigen und das allgemeine psychologische Klima innerhalb der EU negativ beeinflussen könnte. Die Einhaltung bestehender Gesetze sowie bessere Planung und Disziplin sind jedoch unvermeidliche Voraussetzungen für die Reduzierung schädlicher klientelistischer Praktiken, die die Umsetzung der Prinzipien einer Leistungsgesellschaft unterminieren. Die Grundlagen einer soliden Verwaltung, die von den britischen Kolonialherren hinterlassen wurde, ist durch jahrelange Vetternwirtschaft ausgehöhlt worden. Die Rolle der politischen Parteien bei der Schaffung einer klientelistischen Beziehung als Gegenleistung für Wählerstimmen wirkte sich schädigend auf Rechtsstaatlichkeit und die Effizienz des öffentlichen Diensts aus. Obwohl die Rolle staatlicher Institutionen durch einen Prozess der Europäisierung gestärkt wurde, bleibt noch viel zu tun. Ob eine mögliche Regierung Anastasiades den klientelistischen Praktiken allerdings tatsächlich den Kampf ansagen wird, bleibt abzuwarten, vor allem nachdem die DISY zehn Jahre nicht an der Regierung beteiligt war und daher »klientelistischen Nachholbedarf« hat und zudem mit der DIKO einen Koalitionspartner besitzt, der für ausgeprägte Vetternwirtschaft bekannt ist.

6. Mögliche Auswirkungen auf eine Lösung des Zypernproblems

Was geschieht, falls Anastasiadis gewinnt?

Die Vereinbarung zwischen der DISY und der DIKO kann eine Lösung komplizieren. Zusätzlich zu den sehr unterschiedlichen Standpunkten, die beide Parteien in Bezug auf die Bedingungen und die Vorgehensweise im Falle einer Lösung einnehmen, gibt es noch weitere Faktoren, die den Verhandlungsprozess erschweren könnten:

- Dass Anastasiades aufgrund seiner Vereinbarung mit der DIKO nicht selbst der Verhandlungsführer der griechisch-zypriotischen Seite bei den Zyperngesprächen sein wird, könnte die Verhandlungen in vieler Hinsicht schwächen. Zunächst besteht die Gefahr einer Abwertung in den Augen der Bevölkerung, zweitens würde der Verhandlungsprozess verlangsamt und drittens sind Probleme bei der Ernennung einer geeigneten Person denkbar.
- Der Entscheidungsfindungsprozess innerhalb des Nationalrats stellt einen weiteren potenziellen Stolperstein dar, da es zumindest aus heutiger Sicht kaum möglich erscheint, die unterschiedlichen Positionen der politischen Kräfte zu überbrücken.

Einige der von DISY und DIKO vereinbarten Parameter für eine Lösung lassen jedoch Raum für eine Vielzahl von Herangehensweisen und Interpretationen. Die Ablehnung des Annan-Plans, die neuen Bedingungen nach dem EU-Beitritt Zyperns und die Stärkung seiner geostrategischen Rolle durch die Entdeckung von Gasvorkommen könnten dahingehend interpretiert werden, dass Zypern die Rolle eines respektablen Akteurs und Partners in der internationalen Politik einnehmen möchte.

Von entscheidender Bedeutung wird die Rolle der DIKO und deren Auswirkungen auf die Arbeitsweise der neuen Regierung sein: Auf den zentralen Punkt »Beförderung und Einstellung nach Leistungskriterien anstelle der endemischen Vetternwirtschaft« wurde bereits eingegangen.

Die Auswirkungen auf die Vorgehensweise in der Zypernfrage hängen von den folgenden Faktoren ab:

- Durch die starke Stellung des Präsidenten sowie den Umstand, dass die Regierung kein Vertrauensvotum benötigt, gibt es einen Spielraum im Hinblick auf die Vereinbarung zwischen DISY und DIKO. Anastasiades könnte sich nicht an die Vereinbarung halten oder einen Mittelweg einschlagen.
- Die meisten hochrangigen Parteifunktionäre der DIKO, die eine nationalistische Linie verfolgen, haben die Partei bereits verlassen. Möglicherweise könnte die Parteiführung moderatere Positionen in der Zypernfrage akzeptieren, um innerhalb des Staatsapparats und in anderen Machtpositionen den eigenen Einfluss und die Beteiligung an der Macht zu sichern.



Wenn Nicos Anastasiades die gleiche Standhaftigkeit beweist wie im Jahr 2004 und den Folgejahren, könnte die DIKO daher ein kleineres Hindernis darstellen, als von vielen Beobachtern angenommen. Zudem könnte die Aussicht auf eine mögliche Mitwirkung der EU im Verhandlungsprozess den Einfluss der DIKO auf die Arbeit des Präsidenten schwächen.

Was geschieht, falls Lillikas gewinnt?

Lillikas kann die Wahl nur mit Hilfe von massenhafter Unterstützung von AKEL-Wählern gewinnen, was jedoch eine Vereinbarung mit den Kommunisten nach dem ersten Wahlgang voraussetzt. Es ist schwierig, den exakten politischen Rahmen nach der Wahl vorzusagen, da eine Reihe von Problemen ein solches Szenario eher unwahrscheinlich erscheinen lassen. Erstens scheint es weder ein zusammenhängendes und in sich stimmiges Programm, noch eine spezielle Logik in Lillikas Vorschlägen zu geben, die wie ein Sammelsurium aus altmodischem Patriotismus, überholten Ideen und populistischer Stimmungsmache wirken. Ein zusätzlicher Faktor, der zur Unsicherheit über seine zukünftige Politik beiträgt, sind die teilweise extremen Standpunkte, die von einzelnen Personen oder Gruppen im Umkreis des Kandidaten eingenommen werden.

Nicht nur innerhalb der eigenen Partei würde ein Präsident Lillikas zu starken Veränderungen führen, auch das politische System insgesamt wäre davon betroffen. Der Mangel an Vertrauen in die politischen Eliten und die allgemeine Politikverdrossenheit innerhalb der Bevölkerung würden weiter zunehmen. Zusammen mit der Krise der AKEL, die sich durch eine Wahlniederlage noch verstärken würde, besteht eine reelle Gefahr, dass radikale Gruppierungen an Boden gewinnen könnten. Diese Gruppierungen zeichnen sich durch Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Extremforderungen in der Zypernfrage aus.

Daher könnte es im Falle einer starken DISY und einer DIKO, die am Ende von einer Regierungsbeteiligung profitieren könnte, bei gleichzeitiger Schwächung der AKEL und einer relativ stabilen oder geschwächten EDEK Raum für eine neue politische Kraft geben. Zudem gibt es noch kein klares Bild über die wahre Stärke der Bewegung ELAM (Ελληνικό Λαϊκό Μέτωπο – Grie-

chisch Völkische Front), die neonazistische Tendenzen aufweist und in der Parlamentswahl von 2011 ein Prozent der Stimmen erhielt.

Im europäischen Kontext wird Lillikas Anspruch, dass Zypern auf Augenhöhe mit den großen Staaten steht, nicht zu einem verbesserten Dialog beitragen. Es existiert kein in sich stimmiges politisches Programm, das geeignet wäre, komplexe Problemfelder in einer Organisation wie der EU oder innerhalb der internationalen Gemeinschaft zu behandeln. Aussagen wie die bereits erwähnte Ankündigung, Gas zu verkaufen und die Troika fortzujagen, stellen die Rolle und Position Zyperns innerhalb der EU infrage.

Was geschieht, falls Malas gewinnt?

Sollte Stavros Malas die Wahlen gewinnen, ist nur mit geringfügigen Änderungen in der Politik zu rechnen, wie sie seit 2008 beobachtet werden kann. Der Kandidat verfügt über wenig Erfahrung, kein politisches Programm und kein eigenes Wahlkampfteam – im Gegensatz zu George Vassiliou übrigens, der 1988 von der AKEL unterstützt wurde. Vassiliou hatte die Erfahrung, Persönlichkeit und die Mittel um eigene programmatische Akzente zu setzen. Malas scheint im Gegensatz dazu lediglich der AKEL-Linie zu folgen und ist von Parteifunktionären umgeben. In Stil und Verhalten unterscheidet er sich zweifellos vom gegenwärtigen Präsidenten, das dürfte aber zumindest in der ersten Phase seiner Amtszeit nicht ausreichen, um eigenständige politische Entscheidungen zu treffen. Falls Malas durch eine Allianz mit der EDEK und Lillikas in der zweiten Wahlrunde gewinnen sollte, könnte der Einfluss der AKEL auf Malas durch EDEK und Lillikas geschwächt werden. Die Beziehungen zur EU könnten sich auf eine ähnliche Weise wie unter der Christofias-Regierung gestalten. Innenpolitisch würde das Fehlen einer Parlamentsmehrheit politische Vorhaben der Regierung verzögern oder aufhalten. In der Zypernfrage ist Unterstützung von der DISY denkbar, jedoch erst nachdem er seinen eigenen politischen Kurs entworfen hat.

Es hängt also vom Ausgang der Wahlen ab, ob es in Brüssel frohe Gesichter und Anlass zu Optimismus gibt, mit denen eine neue und mit positiven Erwartungen verbundene Phase in den Beziehungen der EU zu Zypern beginnt oder ob der Weg schwierig wird und ein wie auch immer gearteter Modus Vivendi gefunden werden muss.



Über den Autor

Christopheros Christophorou ist Dozent für Kommunikationswissenschaften an der Universität von Nicosia und externer Experte für Medien und Wahlen des Europäischen Rats.

Der Beitrag wurde aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Westeuropa/Nordamerika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin, Referat Westeuropa/Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>

Bestellungen/Kontakt:
ID-INFO-WENA@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-471-6